

Gegendarstellung zur Presseerklärung der Freien Wähler

Ehrlichkeit statt Schuldzuweisungen

Löhnberg, 21. Februar 2025 Die Presseerklärung der Freien Wähler vom 17. Februar 2025 erhebt schwere Vorwürfe gegen die frühere SPD-geführte Mehrheit in der Gemeindevertretung (2016-2021) und schiebt die alleinige Verantwortung für die finanzielle Lage Löhnbergs auf vergangene Entscheidungen. Diese Darstellung greift jedoch zu kurz und vermischt zentrale Tatsachen. Die SPD hatte keine absolute Mehrheit vor 2016. Trotz der Mehrheit von 2016-2021 hat die SPD eine Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion fortgeführt. Alle Haushalte wurden mehrheitlich beschlossen.

Als Gemeindevertretung sind wir es den Bürgerinnen und Bürgern von Löhnberg schuldig, die Fakten klar und ohne politische Taktik zu nennen.

- Die finanzielle Lage Löhnbergs – Wie konnte es so weit kommen? Es steht außer Frage, dass Löhnberg in eine finanzielle Schieflage geraten ist. Seit 2016 wurden keine Jahresabschlüsse mehr vorgelegt, was die Transparenz über die tatsächliche Haushaltslage erheblich erschwert hat. Gleichzeitig wurden unter der damaligen SPD-Mehrheit Investitionen getätigt, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekamen.
- Dazu zählen: Dorfgemeinschaftshaus und zwei Hybridrasenplätze für insgesamt 5,6 Millionen Euro, gebührenfreie Kindergartenplätze - ein wichtiges familienpolitisches Signal. Durch den Zuzug von neuen Mitbürgern konnten in den vergangenen Jahren höhere Zuweisungen bei den Schlüsselzuweisungen und der Einkommensteuer erzielt werden. Sanierung Wasserversorgung und Kanalnetz für 7 Millionen Euro. Sanierung und Bau von Straßen für 7 Millionen Euro. Verschiedene (energetische) Sanierungen der kommunalen Gebäude wie z.B. Kindergärten, die DGH in Selters und Obershausen, die Turnhalle Niedershausen usw.
- Kommunale Beteiligungsgesellschaften, die wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen sollten, sich aber als schwer zu kontrollieren erwiesen. All diese Maßnahmen erfolgten nicht aus Willkür, sondern wurden demokratisch beschlossen, übrigens damals auf Initiative der Freien Wähler – und wurden von der damaligen Kommunalaufsicht befürwortet.
- Versagen der Finanzaufsicht – eine geteilte Verantwortung Die Freien Wähler stellen es so dar, als ob allein die frühere SPD-Mehrheit Schuld an der Situation trage.

Auch hier der Hinweis, die SPD hatte keine absolute Mehrheit vor 2016, danach haben wir, trotz der Mehrheit, eine Zusammenarbeit mit der CDU gehabt. Diese führte auch den Haupt- und Finanzausschuss.

- Landkreis Limburg-Weilburg und das Regierungspräsidium Gießen hatten über Jahre hinweg Einsicht in die Haushaltspläne Löhnbergs. Warum wurde nicht früher eingegriffen?
- Der Landesrechnungshof wies bereits 2019 auf finanzielle Risiken hin. Die Kommunalaufsicht wurde in dem Bericht explizit erwähnt. Warum wurden diese Warnungen nicht weitergeleitet und ernst genommen?
- Die Opposition der Freien Wähler seit 2021 sonnt sich jetzt in der Rolle als „Warner, die niemand hören wollte“. Es ist schlicht falsch, zu behaupten, dass eine einzelne Partei oder Fraktion allein für die Finanzlage verantwortlich ist.
- Die Wahrheit über die politische Verantwortung - Die Freien Wähler selbst waren seit 2021 wieder in der Gemeindevertretung, haben aber keinen eigenen Plan zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt. **Der damalige Bürgermeister Dr. Frank Schmidt (SPD) trug zweifellos politische Verantwortung**, aber Haushaltsbeschlüsse wurden von der gesamten Gemeindevertretung mitgetragen. Das strukturelle Problem mit fehlenden Jahresabschlüssen hat sich nicht erst in den Jahren 2016–2021 entwickelt, sondern ist auch eine Folge der Umstellung auf die Doppik-Buchführung, die viele Kommunen überforderte. Nicht vergessen darf man, dass Dr. Frank Schmidt keine schuldenfreie Gemeinde übernommen hat.
- Einbruch bei den Einnahmen - Durch die Betriebsschließung der Fa. Neuselters musste die Gemeinde Verluste bei den Einnahmen an der Gewerbesteuer hinnehmen, zudem hat die Schließung der Fa. Happel GEA die Gemeinde finanziell getroffen. Weiterhin informierte die Konzernspitze einer großen Firma die Gemeinde, dass sie ihre Gewinne anderweitig versteuert und somit auch ihre Gewerbesteuerzahlung in Löhnberg einstellt. Rückforderungen aus dem Wasser- und Abwasserbereich kamen dazu. Das soll die jetzige Situation nicht entschuldigen, aber es gehört mit dazu.
- Der Weg nach vorne – Lösungen statt Schuldzuweisungen Löhnberg braucht jetzt keine politischen Schaukämpfe, sondern eine ehrliche und transparente Aufarbeitung:

- Lückenlose Aufarbeitung der Finanzvergangenheit – Untersuchung aller Fehler in der Finanzverwaltung, unabhängig von parteipolitischen Interessen.
- Verbesserte Finanzaufsicht – Der Landkreis und das Regierungspräsidium müssen stärker eingreifen, wenn Haushaltsabschlüsse fehlen oder finanzielle Schieflagen drohen.
- Transparenz für Bürger – Alle Haushaltspläne und Finanzberichte sollten künftig für jeden verständlich und auch online zugänglich sein.
- Ehrliche Sanierung – Eine langfristige Konsolidierungsstrategie muss erarbeitet werden, die nicht nur kurzfristige, sondern eine nachhaltige Finanzplanung umfasst. Die Bürgerinnen und Bürger müssen fortlaufend informiert werden.

Fazit: Verantwortung gemeinsam tragen, statt politisches Spielchen zu treiben. Die Bürgerinnen und Bürger von Löhnberg erwarten zu Recht eine offene, ehrliche und sachliche Diskussion über die Finanzlage ihrer Gemeinde. Die Freien Wähler versuchen, die Vergangenheit politisch zu instrumentalisieren, anstatt sich der gemeinsamen Verantwortung zu stellen.

Wer jetzt nur mit dem Finger auf die SPD zeigt, aber eigene Versäumnisse – einschließlich der Aufsichtsbehörden und der gesamten Gemeindevertretung – verschweigt, handelt nicht ehrlich.

Jetzt ist die Zeit für Lösungen.

Jetzt ist die Zeit für Transparenz.

Jetzt ist die Zeit für eine ehrliche Politik, die sich nicht in Schuldzuweisungen verliert, sondern Verantwortung übernimmt.

Die Bürgerinnen und Bürger von Löhnberg verdienen eine Gemeindevertretung, die sich den Herausforderungen stellt, die Lösungen sucht und versucht die hohen Belastungen der Bürger zu reduzieren – und nicht eine, die in alten Grabenkämpfen verharrt. Die Vorwürfe das die SPD-Fraktion den Ernst der Lage nicht erkannt hat sind auch nicht haltbar. So haben wir dem Haushaltssicherungskonzept zugestimmt. Wir haben, trotz Bedenken, der Einführung von Kindergartengebühren und der Erhöhung der Hebesätze

zugestimmt. Weiterhin haben wir den Akteneinsichtsausschuss befürwortet und arbeiten aktiv bei der Aufklärung mit.